Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 12. 11. 2008

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 16/10720 –

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Lothar Mark, Roland Claus und Omid Nouripour

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 29. Oktober 2008 beschlossenen Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA über den 15. November 2008 hinaus für weitere 13 Monate zuzustimmen.

Die Fortsetzung soll auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen, des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erfolgen. Im Übrigen gelten für die Fortsetzung des Einsatzes die im Antrag der Bundesregierung aufgeführten Regelungen und Zusagen, die einerseits die Festlegungen vorangegangener Mandate des Deutschen Bundestages zusammenfassen, andererseits notwendige Anpassungen vornehmen

Es sollen bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom werden für einen Zeitraum von 13 Monaten insgesamt rund 48 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2008 rund 5 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2009 rund 43 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 sowohl im Bundeshaushalt 2008 als auch im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2009 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Auswärtigen Ausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 12. November 2008

Der Haushaltsausschuss

Otto FrickeJürgen KoppelinHerbert FrankenhauserLothar MarkVorsitzenderBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatter

Roland ClausBerichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter